



## DIE AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE AUF DEN „EUROPEAN GREEN DEAL“

*Frank Umbach / Joachim Pfeiffer*

**DIE DEUTSCHE  
EU-RATSPRÄSIDENT-  
SCHAFT UND DIE  
HERAUSFORDERUNGEN  
DER CORONA-KRISE.**

*Interview mit Markus Ferber*

**DIE RELEVANZ VON SEUCHEN UND PANDEMIEN  
IN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHEN  
KONTEXTEN**

*Michael Tempel*

**DROHNEN UND IHRE BEDEUTUNG  
FÜR DIE STREITKRÄFTE**

*Ulrike Franke*

**ISRAELS CORONA-REGIERUNG  
UND TRUMPS NAHOST-PLAN**

*Julia Obermeier*





LIEBE LESERINNEN UND LESER,  
LIEBE FREUNDE DES ASP,

durch die Corona-Pandemie befinden wir uns derzeit in einer noch nie dagewesenen Situation, die unsere Handlungsfähigkeit in allen Bereichen auf die Probe stellt. So auch die deutsche und europäische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Die Krise darf nicht dazu führen, dass jeder nur auf sich schaut – weder Privatpersonen noch Staaten. Unsere Stärke liegt in der Gemeinschaft und im Zusammenhalt. Wir müssen die bisher getroffenen Maßnahmen ernst nehmen und dürfen unsere Erfolge im Kampf gegen Corona nicht leichtfertig verspielen. Zudem wandert die Pandemie in die entwicklungschwachen Länder des globalen Südens. Die Bundesregierung befürchtet, dass dadurch der weltweite Kampf gegen Armut um Jahrzehnte zurückgeworfen werden könnte. Daraus ergeben sich neue Aufgaben in der Entwicklungs- und Migrationspolitik.

Für Deutschland und Europa bedeutet das, dass wir die internationale Zusammenarbeit stärken müssen, denn die Krise und ihre Folgen betrifft uns alle. Nationale Abschottung hilft niemandem. Nur durch Multilateralismus und koordiniertes außenpolitisches Handeln kann den globalen Dimensionen der COVID-19-Pandemie und ihren Folgen wirkungsvoll entgegengetreten werden.

Im aktuellen Heft werden die Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die Bedeutung von Drohnen für die Streitkräfte, die aktuelle Lage in Israel und die Rolle von Seuchen und Pandemien in außen- und sicherheitspolitischen Kontexten thematisiert. Ferner wird die Verbindung von Energie- und Sicherheitspolitik in Hinblick auf den Green Deal aufgegriffen.

Viel Spaß bei der Lektüre.

Mit besten Grüßen  
Ihr Florian Hahn, MdB  
Landesvorsitzender des ASP  
Stv. Generalsekretär der CSU



Frank Umbach



Joachim Pfeiffer

## DIE AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE AUF DEN „EUROPEAN GREEN DEAL“ UND DIE INDUSTRIETRANSFORMATION

FRANK UMBACH / JOACHIM PFEIFFER

Die Europäische Kommission hat mit Unterstützung der Bundesregierung das historisch größte Konjunkturpaket in Höhe von 750 Milliarden Euro geschnürt, um vor allem den in der Corona-Krise am stärksten betroffenen Mitgliedsländern zu helfen. Diese sollen insbesondere in Klimaschutz und Digitalisierung investiert werden. Dabei soll der European Green Deal (EGD) als Kompass und Motor für die Wirtschaftswiederbelebung dienen.

Die Europäische Kommission hatte diesen im Dezember letzten Jahres verkündet, mit dem Europa kollektiv bis 2050 der erste Kohlenstoff-neutrale Kontinent der Welt werden will. Mit dem Anfang März vorgeschlagenen Legislativvorschlag eines neuen europäischen Klimagesetzes wurde das EGD flankiert und soll das mittelfristige Reduktionsziel der EU-Emissionen bis 2030 von derzeit minus 40% auf minus 50 – 55% gegenüber 1990 gesetzlich verbindlich erhöhen. Doch bevor der „Aktionsplan für grüne Finanzierungen“ vorgelegt und ein detaillierter Umsetzungsplan zur Treibhausgas-Emissionsreduzierung des EGD ausgearbeitet werden konnte, erzwingen die globale Corona-Pandemie und die wirtschaftliche Rezession eine Neudefinierung der wirtschaftlichen, energie- und klimapolitischen Prioritätensetzungen.

Damit sind aber grundlegende Zielkonflikte zwischen Klimaschutz, langfristig nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und den eher kurz- bis mittelfristigen Erfordernissen der wirtschaftlichen Wiederbelebung infolge der Pandemiekrise sowie der strukturellen Aufrechterhaltung von ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit, sozialer Ausgewogenheit und politischer Stabilität verbunden. Für

Deutschland ist dieser Spagat umso mehr herausfordernd und problematischer, da weltweit kein anderer Staat bisher einen Doppelausstieg aus Kernenergie- und Kohle vollzieht.



Kohlenstoff Fabrik

### Herausforderungen des EGD

Zwischen 1990 und 2018 konnte die EU ihre Emissionen um 23% reduzieren und so das 20%-Ziel des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes für 2020 schon vorzeitig erreichen. Die von der Kommission angestrebte Zielanhebung der Emissionsreduzierung auf 55% bis 2030 würde eine zusätzliche Treibhausgassenkung von 30 – 35% gegenüber 1990 in nur 10 Jahren und eine Verfünffachung der bisherigen Reduzierungsgeschwindigkeit erfordern.

Zugleich hatte die EU mit dem EGD angekündigt, ab 2021 keine fossilen Energieprojekte (einschl. konventionelles Erdgas) mehr finanziell über die Kommission oder Kredite europäischer Banken zu fördern. Doch ist in der EU umstritten, inwieweit Kernenergie in Europa als „saubere“ und „grüne Energie“ weiterhin finanziell gefördert werden soll.

Bereits die längerfristigen Emissionsreduzierungen bis 2050 dürften nach Einschätzungen der Kommission eine Verdoppelung oder gar Verdreifachung des Stromverbrauchs aller

Windpark Weissenfels



Sektoren der EU bedeuten. Zudem wird sich der Anteil des Stromverbrauchs von gegenwärtig rund 22% des finalen Energieverbrauchs der EU auf bis zu 60% und die Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien auf bis zu 80% erhöhen. Diese Prognose basiert jedoch noch ohne Berücksichtigung des gewaltigen Energiebedarfs für die geplante Wasserstoffproduktion Deutschlands und der EU.

Eine Verschärfung der Emissionsreduzierungen bis 2030 von 40% auf 50 – 55% ist nur mit der Flankierung einer ehrgeizigen Industriestrategie realistisch und kann somit nicht auf den Energiesektor begrenzt bleiben. Allerdings bleibt die neue Industriestrategie vom März dieses Jahres weit hinter den früheren Industrieambitionen jenseits der klimapolitischen Ausrichtung zurück. Um kosteneffiziente Umsetzungsstrategien zur Erreichung der neuen Klimaschutzziele zu implementieren, wird eine umfassende Folgenabschätzung („Impact Assessment“) zur Finanzierbarkeit, der Versorgungssicherheit sowie für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft in Europa bis September vorgenommen. Dies schließt auch eine kritische Überprüfung der bisherigen Strategien, einschließlich zur Vermeidung von Carbon Leakage-Effekten (lediglich Verlagerung von Emissionen aus Europa in außereuropäische Ländern wie China, USA u.a.), Beihilferegulungen und die kostenfreie Zuteilung von Emissionszertifikaten sowie die Strompreiskompensation für besonders stark betroffene Unternehmen und Branchen (wie der energieintensiven Wirtschaft) mit ein.

Bereits für die Erreichung der bisherigen Energie- und Klimaziele bis 2030 benötigt die EU nach internen Berechnungen Investitionen in Höhe von jährlich 260 Mrd. Euro. Der Kraftwerkssektor für die Stromerzeugung allein erfordert jährlich rund 90 – 110 Mrd. Euro an Neuinvestitionen. McKinsey hat wiederum für Polen jährliche Neuinvestitionen in Höhe von 150 Mrd. Euro bis 2050 beziffert.

Auch wenn zunächst nur Polen offen Vorbehalte geäußert und offiziell den EGD sowie die neuen Ziele des EGD zunächst nicht unterstützte, blieben auch andere EU-Staaten vor Aus-



bruch der Corona-Pandemie skeptisch, inwieweit die neuen Zielsetzungen realistisch bis 2030 umgesetzt werden können, ohne diese Länder ihrer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu berauben oder sie zu großen Schuldenstaaten zu machen.

### Herausforderungen für die energieintensive Wirtschaft Europas

Der EGD könnte für die europäische Industrie und insbesondere für die energieintensive Wirtschaft eine Chance zur Modernisierung und Stärkung ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit werden oder aber den globalen Abstieg beschleunigen. So drohen mit dem EGD und der Festschreibung der neuen klimapolitischen Ziele der Industrie neue zusätzliche Belastungen. Keine andere Branche ist so stark betroffen. Mit dem EGD und der Festschreibung der neuen klimapolitischen Ziele der Industrie drohen neue zusätzliche Belastungen aus der energie- und klimapolitischen Gesetzgebung. Daher sind vier Maßnahmen von besonderer Bedeutung:

**1** Aus Sicht der Wirtschaft und Kommission hat sich der europäische Handel mit Emissionszertifikaten (EU-ETS) als das wirksamste marktwirtschaftliche Instrument der Wahl bewährt, um die Klimaziele in den vom ETS abgedeckten Bereichen zielsicher und kosteneffizient zu erreichen. Daher sollten schon frühzeitig auch die bisher nicht unter das ETS fallenden Sektoren (wie die Wärme- und Verkehrssektoren) in den EGD berücksichtigt und eine Neuordnung des europäischen Lastenausgleichs in der EU-Klimaschutzpolitik unter Berücksichtigung eines einheitlichen sektorübergreifenden CO<sub>2</sub>-Preises angestrebt werden.

**2** Der Carbon-Leakage-Schutz wird vor allem für die mittelständische Industrie eine Frage des langfristigen Überlebens, während gleichzeitig auch aus Gründen des globalen Klimaschutzes eine Verlagerung und ein daraus zumeist resultierender Anstieg von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Ländern mit geringeren Umwelt- und Klimaschutzstandards vermieden werden muss. Wie eine neue Studie an der Kopenhagener Universität belegt, könnten bis zu 61,5% für jede Tonne in der EU eingesparten Emissionen sich als Carbon Leakage erweisen und zu größeren Emissionen in anderen Teilen der Welt führen. Die ursprüngliche Annahme im Rahmen des Kyoto-Prozesses, dass nationale Emissionsreduzierungen automatisch zu entsprechenden Reduzierungen des globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes führen und somit dem globalen Klimaschutz dienen, ist faktisch falsch. Daher sind Lebenszyklusanalysen über die gesamte Versorgungskette von der Förderung der Rohstoffe bis zu deren Endverbrauch notwendiger denn je.

**3** Auch wenn ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus („Border Adjustment Tax“) zur Reduzierung von Carbon Leakage-Effekten tatsächlich WTO-konform ausgearbeitet werden kann, drohen bei einem EU-Alleingang weltweit protektionistische Gegenmaßnahmen und eine Verschärfung der Handelskonflikte mit den USA, China und weiteren Staaten. Zudem sind im Rahmen der neuen EU-Industriestrategie wettbewerbsfähige Industriestrompreise für den Erhalt industrieller Wertschöpfungsketten notwendig, da schon heute die Strompreise in der EU deutlich höher sind als in anderen Industrieländern wie den USA, China, Indien u.a. Ein einheitlicher europäischer Industriestrompreis schafft

#### Electricity domestic consumption (TWh)

	EU	Belgien	Slowakei	Frankreich	Deutschland	Italien	Niederlande	Polen	Portugal	Rumänien	Spanien	Schweden	Großbritannien	Dänemark	Türkei
1990	2272	59	53	323	481	219	74	109	24	60	129	131	284	98	47
1994	2309	68	49	363	465	237	83	100	27	41	140	130	292	103	61
1998	2522	76	52	393	487	261	94	109	34	44	170	133	325	110	88
2002	2733	80	54	419	526	291	102	108	42	42	212	137	344	110	103
2006	2941	86	59	446	544	318	110	121	49	47	254	135	354	111	143
2010	2949	86	56	472	547	310	112	129	51	46	250	137	338	120	172
2014	2796	83	55	431	526	291	107	136	46	46	233	127	311	117	207
2018	2895	84	59	441	529	303	116	150	49	50	243	134	307	126	252

Source: Enerdata © Copyright Enerdata. Reproduction and diffusion prohibited (web, photocopy, intranet...) without written permission.

#### CO<sub>2</sub> emissions from fuel combustion (MtCO<sub>2</sub>)

	EU	Belgien	Slowakei	Frankreich	Deutschland	Italien	Niederlande	Polen	Portugal	Rumänien	Spanien	Schweden	Großbritannien	Dänemark	Türkei
1990	4121,8	105,89	151,25	365,22	955,89	398,41	164,46	371,83	39,66	163,60	208,28	52,59	553,08	27,89	132,38
1994	3872,9	113,65	125,87	355,96	874,46	388,61	175,95	343,75	44,33	113,54	220,71	55,39	533,06	32,71	142,96
1998	3944,7	118,66	123,01	394,86	863,75	423,09	184,73	318,09	53,55	97,96	250,71	55,97	526,92	36,43	183,88
2002	3960,8	111,06	121,12	383,27	839,81	438,18	188,12	290,37	63,27	95,33	306,12	53,41	528,58	34,04	192,92
2006	4051,0	110,86	122,90	382,41	813,38	459,21	185,70	319,71	57,78	95,41	332,56	50,66	541,95	37,28	242,65
2010	3731,6	109,11	113,19	357,46	779,59	402,24	192,40	322,53	48,50	74,87	266,83	48,53	484,11	40,21	269,83
2014	3287,8	92,37	99,61	304,87	748,64	328,24	169,05	293,79	44,19	68,95	236,10	38,91	417,33	37,72	314,11
2018	3283,7	96,90	100,91	301,87	732,82	326,56	179,59	329,15	50,19	68,56	254,99	39,22	361,76	38,52	385,26

Source: Enerdata © Copyright Enerdata. Reproduction and diffusion prohibited (web, photocopy, intranet...) without written permission.



Blick bei Nacht über Europa

zugleich mehr Planungssicherheit, stärkt die langfristige Investitionssicherheit im internationalen Wettbewerb und würde zudem die permanenten Konflikte mit der Kommission beenden.

**4** Die EU-Planungen, ab 2021 keine fossilen Energieprojekte mehr finanziell zu fördern, laufen dem Erfordernis zuwider, Erdgas als Brückentechnologie auch nach 2030 für die Grundstabilität und Energieversorgungssicherheit zu erhalten. Daher sind bis 2030 auch neue Gasinfrastrukturen notwendig, mit denen danach auch „grünes Gas“ und Wasserstoff transportiert werden kann und dies die Umsetzung einer Sektorenkoppelung sowie der längerfristigen Klimaziele bis 2050 erst ermöglicht.

#### Auf dem Weg einer deutschen und europäischen Wasserstoffwirtschaft

Die gerade von der Bundesregierung verabschiedete „Nationale Wasserstoffstrategie“ mit einer Finanzspritze von 9 Mrd. Euro (davon 7 Mrd. Euro für den deutschen Markthochlauf und 2 Mrd. Euro für den Aufbau internationaler Wasserstoffpartnerschaften) soll nicht nur in Deutschland, sondern auch in der EU eine Schlüsselrolle im Zuge der Dekarbonisierung spielen. Zudem hofft die Bundesregierung, dass Deutschland bei dieser Technologie Weltmarktführer wird. Dabei steht der „grüne Wasserstoff“ durch die Herstellung per Elektrolyse mittels erneuerbarer Energien (Solar- und Windenergie) im Mittelpunkt. Doch schon die deutsche Definition von „grünem Wasserstoff“ wird weder in der EU und der Europäischen Kommission noch international so geteilt, da sie anders als in Deutschland auch die CO<sub>2</sub> freie Kernenergie mit einschließt. Der viel verwendbare Wasserstoff soll nicht nur die Wirtschaftssektoren dekarbonisieren, die bisher nicht einbezogen sind (wie die energieintensive Wirtschaft wie Stahl und Chemie), sondern auch als Medium Strom in großem Umfang speichern. Auch klimaneutrales synthetisches Kerosin für Flugzeuge könnte im Power-to-Liquid-Verfahren aus Wasserstoff hergestellt werden.

Deutschland will 5 GW Elektrolysekapazitäten bis 2030 schaffen, weitere 5 GW sollen bis 2035 dazukommen. Dabei geht die Bundesregierung bis 2030 von einem Wasserstoffbedarf von 90 – 110 Terrawattsstunden (TWh) aus. Doch ist derzeit

für die Wasserstoffproduktion ein gewaltiger Energiebedarf selbst notwendig, der zur Herstellung von 5 GW bis 2030 allein zusätzliche 20 TWh Ökostrom benötigt. Dies entspricht fast der Hälfte der gesamten deutschen Solarstromproduktion eines Jahres bzw. rund 4 Prozent des gesamten deutschen Stromverbrauchs, der gleichzeitig für andere Stromabnehmer nicht zur Verfügung stehen würde. Der deutsche Wasserstoffbedarf beläuft sich langfristig auf nicht weniger als jährlich 2.500 TWh (davon die Chemieindustrie allein von mehr als 600 TWh).

Es ist bereits heute absehbar, dass weder in Deutschland noch in der EU aufgrund mangelnden freien Flächenpotentials ausreichend Wasserstoff für die ermittelte Einsatzbreite hergestellt werden kann und daher künftig in größerem Umfang auch importiert werden muss. Für den Aufbau internationaler Wasserstoffpartnerschaften stehen 2 Mrd. Euro zur Verfügung. Der Importbedarf gilt umso mehr, wenn wie in Deutschland andere Technologieoptionen (wie „blauer“ oder „türkiser Wasserstoff“ mittels Pyrolyse) mit ideologischen Vorbehalten ausgeschlossen werden. Allerdings ist blauer oder türkiser Wasserstoff, basierend auf Erdgas oder Kohle, nur in Verbindung mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung, Verwendung und



Photovoltaik-Kraftwerk



Speicherung (Carbon, Capture Use and Storage/CCUS) im Hinblick auf die Klimaziele möglich. Doch konnte bisher CCUS aufgrund starker politischer Widerstände sowohl in Berlin als auch lokal als Technologieoption nicht nur in Deutschland nicht realisiert werden. Als möglicher „Game-Changer“ könnte sich „weißer“ Wasserstoff erweisen, der als natürlicher und womöglich regenerativer nicht erst selbst produziert werden muss, sondern sich wie in Mali als direkt förderbar erweisen könnte.



Kohlekraftwerk

### An- statt Abkoppelung von der Klimapolitik anderer Schlüsselstaaten

Im Gegensatz zu früher sind beim EGD die EU-Klimaschutzpolitik und ihre neuen ehrgeizigen Zielmarken nicht länger explizit an jene anderer Schlüsselstaaten – wie die der USA, Chinas, Indiens, Russlands, Japans, Brasiliens u.a. Länder – geknüpft. Ohne diese Ankoppelung werden diese Länder jedoch nur zu einem politischen Trittbrettfahren ermuntert, in dem ihre Klimapolitik ihrer jeweiligen Wirtschaftsinteressen untergeordnet wird. Bereits gegenwärtig machen die EU-Emissionen nur etwa 9 – 10% der weltweiten Treibhausgase (THG) aus. Dieser Anteil wird sich bis 2030 auch ohne den EGD halbieren. Dies war aber bisher schon weniger das Resultat der ambitionierten EU-Klimaschutzpolitik, sondern ist primär auf den weiterhin zunehmenden THG-Ausstoß der anderen G20-Schlüsselstaaten, die für insgesamt 80% der weltweiten Emissionen verantwortlich sind, zurückzuführen. Die von der EU reklamierte Führerrolle in der globalen Klimaschutzpolitik war stets mit der zweifelhaften Annahme verbunden, dass der Rest der Welt der ambitionierten Klimapolitik der EU folgt. Doch das weitgehende Scheitern von COP25 hatte bereits vor dem Pandemie-Ausbruch signalisiert, dass der Rest der Welt sich offenbar von anderen politischen Prioritäten leiten lässt.

Mit dem Klimaziel einer Emissionsreduzierung um 55% bis 2030, würde Deutschland überproportional seine nationalen Emissionen statt um 55% dann um 65 – 70% reduzieren

müssen, solange das BIP pro Kopf als Verteilungsschlüssel aller Emissionen im Nicht-ETS Bereich fungiert. Daher hat die Bundesregierung auch eine Neuverhandlung des Verteilungsschlüssels in der EU gefordert, die bisher jedoch auf wenig Gegenliebe gestoßen ist.

### Dr. phil. Frank Umbach

Forschungsdirektor des European Centre for Climate, Energy and Resource Security (EUCERS), King's College, London

Ab Juli 2014 Forschungsdirektor von EUCERS; seit 2017 zusätzlich Adjunct Senior Fellow an der S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS) der Nanyang Technological University (NTU) in Singapur, Visiting Professor zu „EU Energy (External) Policies and Governance“ am College of Europe in Natolin/Warsaw (Polen) und Executive Advisor der Proventis Partners GmbH, München (ein M&A-Unternehmen) sowie seit 2020 Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.

### Dr. Joachim Pfeiffer, MdB

#### Ausbildung, Berufslaufbahn:

- 1988 – 1992: Studium der technisch orientierten Betriebswirtschaftslehre an der Universität Stuttgart, während des Studiums Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung
- 1992 – 1997: beschäftigt bei der Energie Versorgung Schwaben AG (EVS), dort unter anderem im Bereich Controlling und Beteiligungen mit Unternehmensakquisitionen sowie mit Public Privat Partnership Projekten bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung betraut
- 1997: Promotion zum Dr. rer. pol.
- 1997 – 2002: Leiter der Wirtschafts- und Arbeitsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart
- seit 2003: Freiberufliche beratende Tätigkeit (Dr. Joachim Pfeiffer Consulting)
- seit 2006: Lehrbeauftragter für Energiepolitik am Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) der Universität Stuttgart

#### Politische Funktionen:

- seit Sept. 2002: Mitglied des Deutschen Bundestages
- Seit Jan. 2006: Mitglied des Beirates der Bundesnetzagentur
- 2005 – 2009: Koordinator für Energiepolitik und stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 2009 – 2013: wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- seit Jan. 2014: wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Ölpumpe

Anzeige

# Detect and Protect

**HENSOLDT** liefert die passende Lösung für jeden Bedarf.

Mit der Übernahme der Verantwortung für das neue Radarsystem des Eurofighters beginnt für HENSOLDT eine neue Zeitrechnung. Das neue elektronisch schwenkbare CAPTOR-E Radar kann mit seinen über 1.400 direkt in die Antenne integrierten Send- und Empfangsmodulen mehrere Aufgaben, wie z.B. Bodenüberwachung, Zielverfolgung und Flugkörperlenkung gleichzeitig erfüllen. Deutsche Schlüsseltechnologie macht den Eurofighter der Luftwaffe damit startklar für die Herausforderungen der Zukunft.

**HENSOLDT**  
Detect and Protect.

www.hensoldt.net



# DIE RELEVANZ VON SEUCHEN UND PANDEMIEN IN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHEN KONTEXTEN

MICHAEL TEMPEL



Michael Tempel

Das Weißbuch 2016 führt in einer vorausschauenden und treffenden Lagebeurteilung Seuchen und Pandemien auch als mögliche und essentielle Gefährdung gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge an.

Dabei haben geographische Entfernungen, nicht zuletzt durch die Globalisierung, an Bedeutung verloren.

Die Corona-Pandemie stellt Deutschland, die Europäische Union und nachhaltig auch die transatlantischen Beziehungen vor eine bisher nicht gekannte Bewährungsprobe, deren ganzes Ausmaß derzeit noch nicht absehbar ist.

Neben den enormen Krankheits- und Sterblichkeitsraten und den verheerenden wirtschaftlichen Schäden, hat die Pandemie das Potenzial, auch Einfluss auf Sicherheit und Stabilität zu nehmen.

Die Krisen und Konflikte in der Nachbarschaft Europas bleiben, und es verschieben sich die globalen Machtkonstellationen. Diesen Ernstfall wird die EU nur als globaler Akteur durch Stärkung „Europäischer Souveränität“ mit klarer stra-



Europäisches Parlament

tegischer Ausrichtung bestehen können, bei dem gleichzeitigen Bemühen, die transatlantische Brücke zu erhalten und eventuell auch neu zu definieren.

Die Europäische Union befindet sich dabei in einer geopolitisch schwierigen Lage. Der Krisenbogen umschließt die EU im Süden und im Osten, von Afrika mit Libyen und der Sahelzone, über die Nah-Mittelostregion mit Syrien, Irak, Iran, Jemen und der ungelösten Israel-Palästina-Frage, bis hin zum europäischen Kontinent mit dem Russland-Ukraine-Konflikt, den verunsicherten Baltischen Staaten und einem immer noch nicht zufriedenstellend befriedeten Balkan.

Dieses globale Umfeld hat sich in den letzten Jahren rasant weiterentwickelt. Die EU steht heute mit Blick auf die Krisen und Konflikte in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, einer sich verschiebenden globalen Mächtekonstellation und den ökonomischen, technologischen und ökologischen Entwicklungen vor der deutlichen Erkenntnis, dass sie zu einem globalen machtpolitischen Akteur, zu einer politischen Einheit werden muss, will sie ihre gemeinsamen Werte und Interessen schützen und letztlich verteidigen. Diese Einsicht ist nicht neu, aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier, auch unter dem Einfluss der derzeitigen Pandemie, eher eine Stagnation als eine Weiterentwicklung eingetreten ist.

Welchen Einfluss haben Pandemien und Seuchen auf die Sicherheitspolitik? In der politischen Wissenschaft und in der politischen Praxis haben diese bei der Betrachtung von Bedrohungen und Risiken als sogenannte „Grenzüberschreitende Risikofaktoren“ Erwähnung gefunden, aufgezählt in einer Reihe mit den Folgen des Klimawandels, der demografischen Entwicklung, Urbanisierung und unkontrollierter Migration.

Neben der gestiegenen Wahrscheinlichkeit von Pandemien und Epidemien ist es insbesondere die Gefahr, die von die-

sen disruptiv auftretenden Gesundheitskrisen für Sicherheit und Stabilität von Staaten und ganzen Regionen ausgeht, die dazu geführt hat, dass Gesundheit auch zu einem Thema der Sicherheitspolitik wurde.



Hygiene-Demonstration in Berlin

Die weltweite Pandemie, ausgelöst durch die schnelle Verbreitung des Corona-Virus, hat auch die Staaten des europäischen Kontinents kalt erwischt und stellt Bürger, Gesellschaften und die Resilienz freiheitlich-demokratischer Staaten und Staatenverbände auf eine Bewährungsprobe, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gekannt haben. Und dies sicherlich nicht nur durch die Belastung der jeweiligen Gesundheitssysteme.

Gravierende sozioökonomische Auswirkungen von Epidemien und Pandemien sind es, die staatliche Stabilität und Sicherheit gefährden können und dies in Teilen heute auch schon tun.

Zudem verhängen Staaten im Zuge der Eindämmung von Epidemien meist weitreichende Quarantäne- und Isolationsmaßnahmen bzw. Ausgangs- und Kontaktsperren, die teilweise tief in die jeweiligen Grundrechte eingreifen. In deren Folge, in Verbindung mit aus- oder überlasteten Gesundheitssystemen, kann es durchaus zu schwer absehbaren Reaktionen der Bevölkerung kommen, mit allen innenpolitischen aber auch außenpolitischen Konsequenzen, verstärkt auch durch die Einflussnahme nichtstaatlicher, gewaltbereiter Akteure verschiedenster Couleur.

Die Pandemie trifft also auf Strukturen, die ihr im besten Fall nur bedingt gewachsen sind.

Als Katalysator wirkt hier zweifelsohne auch eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Rückkehr zu einer Art Nationalstaatlichkeit. Das Schließen von Grenzen, der teilweise national gefärbte Wettlauf um einen Impfstoff, gegenseitige Schuldzuweisungen bezüglich der Verbreitung des Virus, aber auch die Nachhaltigkeit Donald Trumps „America first“ werden weitreichende Folgen für die zukünftige transatlantische, europäische und deutsche Außen- und Sicherheitspolitik haben.

COVID-19 lehrt uns gerade, dass globale Krisen Vertrauen und Zusammenarbeit sowie starke Institutionen erfordern. Diese Pandemie sollte uns Europäer wachrütteln, denn wir werden die Folgen in jeglicher Hinsicht nur gemeinsam bewältigen, mit einer großen Verantwortung hierbei für Deutschland.

Als Fazit einer Kurzbetrachtung der derzeitigen Lage unter Pandemiebedingungen wird man zu dem Schluss kommen müssen, dass es durch COVID-19 zu einer Verschärfung der globalen Situation unter sozioökonomischen, sicherheitspolitischen, außen- und innenpolitischen und insbesondere gesundheitspolitischen Aspekten gekommen ist.

Hier wird ein starkes Europa auf Augenhöhe mit den übrigen globalen Playern und ein Wiedererstarken einer soliden transatlantischen Allianz unabdingbare Voraussetzung für den Erhalt oder die Wiederherstellung der Stabilität auf den genannten Handlungsfeldern sein.

Da die Pandemie mit ihren weltweiten Auswirkungen konsolidierte wie fragile Staaten getroffen hat, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, so ist abschließend vielleicht sogar die Hoffnung berechtigt, dass sich hier auf den verschiedenen Handlungsfeldern ein Opportunitätsfenster für neue Kooperationen und Friedensmediationen auftun könnte.

## Dr. med. Michael Tempel

Generaloberstabsarzt a.D.

### Werdegang:

- 2015 – 2018: Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr
- 2014 – 2015: Kommandeur Gesundheitseinrichtungen und Stellvertretender Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr
- 1989 – 2013: Verschiedene Kommandeurfunktionen im Bereich Auslandseinsatzplanung und nationaler Gesundheitsversorgung
- 1994 – 1995 und 2001 – 2002: Tätigkeiten in verantwortlicher Position im Bereich Weiterentwicklung und Ausbildungskonzeption im Bundesministerium der Verteidigung
- 1988 – 1989: Verbindungsoffizier an der US Academy of Health Sciences San Antonio, Texas/USA
- 1992 – 2014: Auslandseinsätze in Kambodscha, Bosnien, Afghanistan, Mali, Irak

### Besondere Kenntnisse:

- Profunde Führungs- und Managementenerfahrung, Personalentwicklung Führung von Krankenhausverbänden
- Ausgeprägte Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen Sanitätsdiensten im europäischen und außereuropäischen Raum



# DROHNEN UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE STREITKRÄFTE

ULRIKE FRANKE



Ulrike Franke

Deutschland diskutiert über bewaffnete Drohnen. Beziehungsweise, Deutschland diskutiert immer noch. Schon seit 2012 gibt es die Forderung, den unbewaffneten Drohnen der Bundeswehr auch bewaffnete Systeme zur Seite zu stellen. Dass Deutschland trotzdem keine bewaffneten Drohnen hat, hat damit zu tun, dass deren Beschaffungsvorhaben eine kontroverse politische und gesellschaftliche Debatte ausgelöst hat. Bewaffnete Drohnen rufen bei vielen Bildern von Killerrobotern und Assoziationen zu gezielten Tötungen durch die CIA hervor. Zudem gibt es die Sorge, dass die Verfügbarkeit bewaffneter Drohnen den Einsatz militärischer Mittel zu einfach machen könnte und einen weltweiten Rüstungswettlauf anfeuern könnte. Das hat dazu geführt, dass das Waffensystem von vielen abgelehnt wird.

Ob des Fokusses auf die USA trat die Nutzung von Drohnen durch die Bundeswehr oft in den Hintergrund. So setzt die Bundeswehr seit mehreren Jahrzehnten unbewaffnete Drohnensysteme ein, und der Wunsch nach Bewaffnung ergab sich vor allem durch die Einsatzerfahrungen in Afghanistan.



Kamerasystem einer Drohne

## Die Erfahrungen mit unbewaffneten Drohnen in Afghanistan

In Afghanistan setzte das Heer vier Drohnentypen ein und die Luftwaffe einen. Die erste Drohne war die 1,4m lange, 40kg schwere LUNA. Es folgten 2005 die ALADIN, eine kleine, taktische Drohne und 2009 die KZO, die sich allerdings als vergleichsweise schwer zu händeln und teuer im Einsatz entpuppte. Ab 2010 leaste die Luftwaffe die israelische Heron 1

Aufklärungsdrohne. Sie lieferte Echtzeitüberwachung und wurde insbesondere aufgrund der Fähigkeit, diese auf weite Distanzen zu steuern, für den Schutz von Patrouillen eingesetzt: In den späteren Jahren des Afghanistaneinsatzes verließ keine Bundeswehrpatrouille ihr Camp ohne Drohnenbegleitung. 2011 kam der MIKADO Multicopter hinzu, welcher besonders im urbanen Raum hilfreich war.

Bei all diesen Systemen handelt es sich um Überwachungssysteme, die Video-, Infrarot- oder Standbildkameras tragen und aus dem Einsatzgebiet gesteuert wurden. Die meiste Zeit waren Drohnen die einzigen eigenen luftgestützten Überwachungssysteme in Afghanistan. Nur zwischen 2007 und 2010 waren auch deutsche Recce-Tornados im Einsatz.

Die Erfahrungen mit Drohnen in Afghanistan waren positiv. Sie lieferten Aufklärung in einer Qualität, Quantität und Flexibilität, die so von bemannten Systemen nicht verfügbar gewesen wäre. Gerade auch die kleinen Drohnensysteme, die von Infanteristen mitgeführt wurden, zeigten ihren Nutzen, obwohl sie am meisten unter schlechtem Wetter litten, insbesondere Wind. Die Heron 1 wiederum tat sich durch ihre langen Standzeiten von 20 oder mehr Stunden hervor.

Bereits 2001 hatten die USA ihre Predator Drohne bewaffnet, und die Erfahrungen der amerikanischen, und später der britischen und israelischen Streitkräfte zeigten, welche militärischen Vorteile diese Systeme liefern können. Für die Bundeswehr ist besonders die Möglichkeit der Unterstützung von Bodentruppen von Interesse. Hier fliegen Drohnen den Weg ab und informieren über Straßensperren oder Hindernisse. Sie können helfen, Straßenbomben zu entdecken und vor Hinterhalten zu warnen. Kommt es zu einem Feuergefecht, können Drohnenoperatoren den Bodentruppen Hinweise dazu geben, wo sich feindliche Kämpfer aufhalten. Aus Afghanistan berichteten die Piloten unbewaffneter Drohnen von ihrer Ohnmacht in solchen Situationen, da sie nur Informationen geben konnten, den Soldaten am Boden aber nicht helfen konnten. Oft musste lange auf bemannte bewaffnete Unterstützung oder Artillerie gewartet werden. Bewaffnete Drohnen können in solchen Situationen direkt helfend eingreifen. Sie eignen sich hierfür besonders gut,

weil sie lange in der Luft bleiben können, und so Informationen sammeln und den opportunisten Moment für einen Angriff abwarten können. Zudem sind sie bereits vor Ort und somit in das Geschehen am Boden eingebunden.

## Ein kontroverses Waffensystem

Allerdings werden bewaffnete Drohnen auch für umstrittenere Einsätze verwendet, insbesondere gezielte Tötungen, und „Signature Strikes“ (der Tötung von Menschen auf der Basis ihrer Verhaltensmuster). Die US-Streitkräfte und insbesondere der Geheimdienst CIA nutzen Drohnen für diese Einsätze, auch in Staaten, mit denen die USA nicht im Krieg ist. Diese bis heute gängige Praxis hat in den Haupteinsatzgebieten Pakistan, Jemen und Somalia zwischen 4.500 und 6.800 Menschen das Leben gekostet, darunter eine unbekannte Anzahl Zivilisten. Die meisten Völkerrechtler halten diese Praxis für illegal, während die USA sich auf ihr Recht auf Selbstverteidigung beruft. In den Koalitionsverträgen von 2013 und 2018 kritisiert die Regierung diese Einsätze, ohne allerdings die USA namentlich zu nennen.

Inzwischen haben schätzungsweise zwanzig Länder bewaffnete Drohnen, insbesondere durch den Export chinesischer Drohnen ist diese Zahl in den letzten Jahren angestiegen. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass viele Sorgen der Drohnenkritiker unbegründet waren. So haben Drohnen keinen Rüstungswettlauf ausgelöst, bei dem Länder aus Angst vor den Fähigkeiten des Gegners sich in eskalatorische (und oft ruinöse) Rüstungsspiralen begeben. Auch lässt sich bisher nicht belegen, dass Länder mit Drohnen häufiger Krieg führen als Länder, die keine Drohnen haben. Allerdings hat

sich auch klar gezeigt, wie wichtig politische Kontrolle und militärische Einsatzregeln sind, um zu garantieren, dass Drohnenangriffe nicht mehr zivile Tote als andere Angriffe verursachen und nur völkerrechtlich legitim eingesetzt werden.

Solange die Einsätze der Bundeswehr – und damit auch die bewaffneter Drohnen – unter der demokratischen Kontrolle des Bundestages stehen, und in der Bundeswehr Werte wie die innere Führung gelehrt und verinnerlicht werden, gibt es wenig Veranlassung dafür, der Bundeswehr ein Waffensystem vorzuenthalten, das militärisch sinnvoll und für den Schutz der Soldaten hilfreich sein kann. Die deutsche Politik trägt hier eine große Verantwortung. Wenn die Debatte um bewaffnete Drohnen dazu beiträgt, politischen und militärischen Entscheidungsträgern diese Verantwortung noch präsenter zu machen, hat sie einen wesentlichen Beitrag zur sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland geliefert.

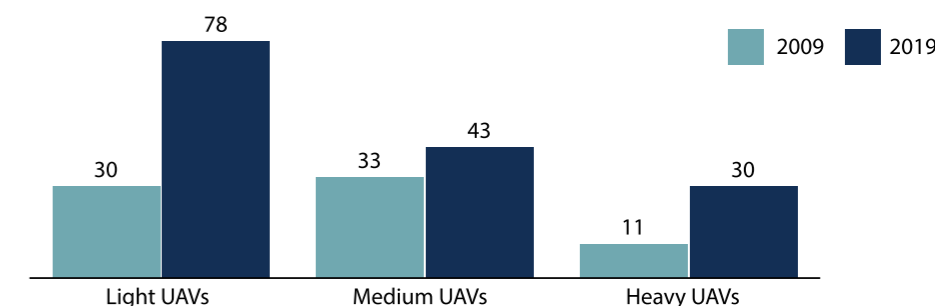
## Dr. Ulrike Franke

Policy Fellow beim European Council on Foreign Relations (ECFR)

Sie befasst sich mit Fragen der deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere dem Einfluss neuer Technologien. Sie ist Teil des „Sicherheitshalber“ Podcastteams.

## PROLIFERATION OF DRONE SYSTEMS WORLDWIDE

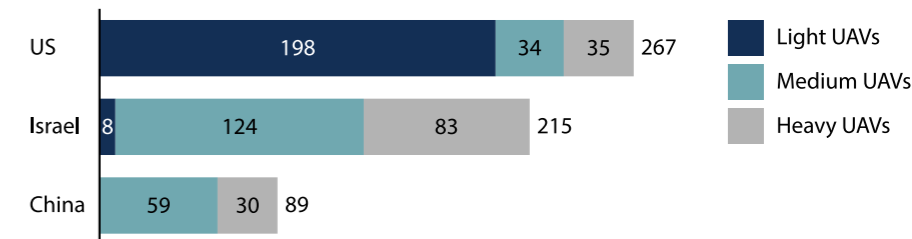
Number of countries with unmanned aerial vehicle (UAV) capabilities, by NATO classification, 2009 and 2019



Source: Center for the Study of the Drone at Bard College

## DRONE SALES BY MAJOR EXPORTERS

Number of unmanned aerial vehicle (UAV) systems delivered, by NATO classification, 2009-17



Source: Munich Security Conference, based on Stockholm Peace Research Institute (SIPRI)21



# DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT UND DIE HERAUSFORDERUNGEN DER CORONA-KRISE.

## INTERVIEW MIT MARKUS FERBER



Markus Ferber

Der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber fordert im Gespräch mit dem Bulletin des ASP der CSU, mehr Ehrlichkeit in der Debatte um den neuen EU-Haushalt und den Wiederaufbaufonds und warnt vor zu viel Hoffnung auf neue EU-Eigenmittel für die Finanzierung. Außerdem beleuchtet er die Erwartungshaltung an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Lichte der Corona-Krise!

**Frage:** Herr Ferber, seit der Corona-Krise wird sie wieder an die Wand gemalt – die Gefahr eines Scheiterns der Europäischen Union. Was lehrt die Corona-Krise über den Zustand Europas?

**Ferber:** Es ist nicht das erste Mal, dass die Gefahr des Auseinanderbrechens der EU prophezeit wird. Das hatten wir auch in der Flüchtlingskrise und davor in der Finanz- und Schuldenkrise. Aber es hat sich leider gezeigt: Wenn es zum Schwur kommt, ist sich jeder selbst der Nächste. Die Corona-Krise hat Europa massiv zurückgeworfen. Die Grenzschließungen haben aber auch verdeutlicht, wie sehr wir den Binnenmarkt brauchen und wie stark die Wirtschaft Europas verflochten ist. Am Ende ist die EU aus Krisen meist stärker hervorgegangen. Ich hoffe, dass dies auch dieses Mal der Fall sein wird.

**Frage:** Um mit den Folgen der Krise umzugehen, soll es einen europäischen Wiederaufbaufonds geben. Erklären Sie uns den aktuellen Stand.

**Ferber:** Im Grunde geht es im Moment um die Frage: Wie finanzieren wir den Wiederaufbau? Dieses Thema wird natürlich bis Ende des Jahres auch die deutsche Ratspräsidentschaft dominieren. Die Bundeskanzlerin hat gemeinsam mit dem französischen Präsidenten einen ambitionierten Vorschlag gemacht, der aber leider viele



Markus Ferber

grundsätzliche Fragen offengelassen hat. Die Kommission ist da nicht besser: Dass die Kommission nun vorschlägt 750 Milliarden Euro an neuen Schulden aufzunehmen, ohne einen konkreten Plan für die Rückzahlung zu haben, sorgt zurecht für Skepsis. Und ein Eigenmittelbeschluss, den es noch nicht gibt, kann jedenfalls keine Grundlage für ein 750 Milliarden Euro schweres Ausgabenpaket sein.

**Frage:** Als Allheilmittel werden die von Ihnen angesprochenen neuen EU-Eigenmittel ins Spiel gebracht, also zusätzliche Einnahmequellen mit dem den Topf gefüllt werden kann.

**Ferber:** Wer allein auf Eigenmittel setzt, die es wahrscheinlich niemals geben wird, baut ein Haus auf Sand. Schlagwörter wie Finanztransaktionssteuer und Digitalsteuer

klingen gut, aber manche suggerieren, wenn man nur wollte könnte man mit einer Finanztransaktionssteuer, einer europäischen Körperschaftssteuer oder einer Digitalsteuer Milliardenbeträge zusammentragen. All diese Ideen haben jedoch ihre Tücken. Mich ärgert, dass bei der Debatte viel Unehrllichkeit im Spiel ist. Wenn es einen europäischen Aufbaufonds geben soll, der einen Unterschied macht, müssen die Mitgliedsstaaten das am Ende auch finanzieren wollen.

**Frage:** Welche Mängel an den Kommissionsvorschlägen müssen beseitigt werden, damit der Vorschlag eine Chance hat?

**Ferber:** Bei einer Finanztransaktionssteuer, wie Olaf Scholz sie sich vorstellt, mit einem Ausnahmekatalog, der alle ausnimmt außer Kleinsparer, kommen europaweit maximal 3 – 4 Milliarden Euro zusammen, die der deutsche Bundesfinanzminister bereits für die Grundrente verplant hat. Eine europäische konsolidierte Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage ist grundsätzlich eine gute Idee, denn sie schließt Steuerschlupflöcher im Binnenmarkt und erleichtert das grenzüberschreitende Wirtschaften. Die Körperschaftssteuer hatte in den vergangenen Jahren in Deutschland ein Aufkommen von rund 30 Milliarden Euro. Wenn wir davon einen Teil auf die europäische Ebene transferieren, haben wir aber eine Lücke in gleicher Höhe in Deutschland. Das Ganze ist also ein Nullsummenspiel. Bei der Besteuerung der Digitalwirtschaft haben wir in der Tat ein substantielles Problem, denn unser Unternehmenssteuerrecht ist noch nicht fit für das 21. Jahrhundert. Auf internationaler Ebene arbeiten wir gerade an Standards, die voraussichtlich zum Jahresende fertig sein werden, und dieses Problem angehen. Das könnte zu einem echten Plus beim Steueraufkommen führen. Aber sind wir ehrlich: auch hier handelt es sich um Körperschaftssteuerermittel. Wird der Bundesfinanzminister am Ende wirklich die Hand heben, wenn es darum geht, einen Teil des deutschen Steueraufkommens direkt auf die europäische Ebene zu transferieren? Am Ende waren es bisher noch immer die EU-Finanzminister, die bei Steuerthemen auf der Bremse standen.

**Frage:** Was sind die Tücken?

**Ferber:** Die Vorschläge der Europäischen Kommission sind sehr spezifisch darin, konkrete Ausgabenblöcke für die Wiederaufbauinstrumente zu identifizieren. Die Vorschläge bleiben jedoch ausgesprochen vage, wenn es um die Finanzierung dieser Ausgaben geht. Ein seriöser Vorschlag darf jedoch die Ausgaben nicht von deren Finanzierung entkoppeln. Die Mittel aus dem Wiederaufbaupaket dürfen nicht dazu genutzt werden, Löcher in den nationalen Haushalten zu stopfen. Stattdessen muss das Geld bei den Unternehmen und Menschen in Europa ankommen und es muss genutzt werden, um die Weichen hin zu einer langfristig wettbewerbsfähigeren Europäischen Union zu stellen. Ein Rückzahlungsplan, der erst im Jahr

2028 beginnt, sich über dreißig Jahre und damit mehrere mehrjährige Finanzrahmen erstreckt, ist mit der Idee einer guten Haushaltsführung nicht zu vereinbaren.

**Frage:** Welche Chance sehen Sie in der Deutschen Ratspräsidentschaft?

**Ferber:** Die große Chance liegt darin, dass unsere Bundeskanzlerin in den vergangenen Jahren immer wieder bewiesen hat, auch in schwierigen Zeiten eine Führungsrolle einzunehmen. In das zweite Halbjahr fallen nun nicht nur die Verhandlungen über den EU-Haushalt und Wiederaufbaufonds, sondern auch der Abschluss der Gespräche mit dem Vereinigten Königreich. Das wird der deutschen Ratspräsidentschaft nicht nur eine gute Führungsrolle abverlangen, sondern auch Verhandlungs- und Vermittlungsgeschick in vielen langen Verhandlungsnächten.



EU-Kommission

### Markus Ferber, MdEP

Dipl. - Ing.

#### Profil:

- Mitglied des Europäischen Parlaments
- Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung
- Vorsitzender der Europa-Union Bayern
- Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben

#### Politischer Werdegang:

- seit 2005: Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben

#### Europaparlament:

- seit 1994: Mitglied des Europäischen Parlaments
- 1996 – 1999: Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
- 1999 – 2014: Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament
- seit 2013: Sprecher des Parlamentskreis Mittelstand im Europäischen Parlament
- 2014 – 2018: Erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament
- seit 2018: Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung



# ISRAELS CORONA-REGIERUNG UND TRUMPS NAHOST-PLAN

JULIA OBERMEIER



Julia Obermeier

Fragt man israelische Militärstrategen nach der größten außen- und sicherheitspolitischen Bedrohung für den jüdischen Staat, wird der Iran und dessen Eintreten für die Eliminierung Israels, auch über seine Stellvertreter in Gaza, Libanon, Syrien und Irak genannt. Ministerpräsident Netanjahu betonte in den vergangenen Jahren wiederholt, dass seine Regierung dem entschieden entgegenwirke. Aktionen, zu denen sich Israel öffentlich bekannt hat, waren Luftschläge gegen Stellungen iranisch unterstützter Milizen im angrenzenden Syrien oder eine spektakuläre Operation des Mossad, bei dem Lastwagenführer voller Beweise für die Nichteinhaltung des Atomabkommens aus einem Archiv im Iran geholt worden waren, die Ministerpräsident Benjamin Netanjahu 2018 vor der UN präsentierte und eine Untersuchung durch die IAEO einforderte.

Neben Vorgängen im Iran werden dieser Tage die Schlagzeilen israelischer Zeitungen von zwei weiteren Themen dominiert: die zweite Welle der Corona-Pandemie, die Wirtschaft und Gesundheitssystem des Landes herausfordert sowie die im Koalitionsvertrag als Möglichkeit beschriebene Übertragung israelischer Jurisdiktion auf Teile des Westjordanlandes.



Blick auf das Westjordanland in der Abenddämmerung

Der israelischen Regierung, die nach drei Neuwahlen und fast eineinhalb Jahren des Übergangs im Mai 2020 vereidigt wurde, gehört eine breite Koalition von Parteien an, die sich teilweise (nur) angesichts der Herausforderungen der Corona-Pandemie entgegen ihrer Wahlversprechen für ein Bündnis mit Netanjahu entschieden haben. Erklärtes Ziel, dieser auch als „Notfall-Einheits-Regierung“ bezeichneten Koalition, ist die Bewältigung von COVID-19 samt den medizinischen und wirtschaftlichen Folgen.

Alle anderen inhaltlichen Zielsetzungen waren auf einen späteren Zeitpunkt vertagt worden, bis auf eine Ausnahme: Ab dem 1. Juli soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden können, der vorsieht, Teile des Westjordanlands unter israelische Jurisdiktion zu stellen. Zum ersten Mal hat eine israelische Regierung ein solches Ansinnen in einem Koalitionsvertrag festgehalten.

Als Reaktion darauf hat der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörden Mahmoud Abbas in den vergangenen Wochen jegliche Kooperation mit Israel für beendet erklärt, damit auch das Steuerabkommen sowie die Sicherheitskooperation. Drastische Schritte, die ohnehin die durch Corona zusätzlich gebeutelte Wirtschafts- und Finanzlage im Westjordanland enorm belasten. Verwaltungsmitarbeiter mussten im Juni gänzlich auf Gehaltszahlungen verzichten. Der palästinensische Widerspruch gegen einseitige Schritte war bereits artikuliert worden, als Donald Trump im Januar 2020 seinen Nahost-Plan vorlegte, der zwar die Gründung eines palästinensischen Staates vorsieht, aber dabei nur rund 70 Prozent der Fläche des Westjordanlandes (ohne das Jordantal) berücksichtigt.

Innerhalb der israelischen Bevölkerung werden die Vorschläge des US-amerikanischen Friedensplans kontrovers diskutiert. Vertreter der rechten Siedlerbewegung sprachen sich gegen die Etablierung eines palästinensischen Staates aus, die Partei HaJamin HeChadasch begründete damit das Ende ihrer Beteiligung an der Regierung. Der Vorschlag der USA sieht zudem einen teilweisen Tausch von Territorien vor, was bei betroffenen arabischen Israelis großen Widerspruch ausgelöst hatte. Auch in der israelischen Regierung scheint keine Einigkeit über das weitere Vorgehen zu bestehen: Der stellvertretende Ministerpräsident und ehemalige Rivale Netanjahus, Verteidigungsminister Benny Gantz, plädierte angesichts der heftigen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und einer akuten zweiten Welle an Infektionen wiederholt für ein Aussetzen der Bestrebungen, Teile des Westjordanlands unter israelische Jurisdiktion zu stellen.

Das im Koalitionsvertrag festgehaltene, wenn auch bisher nicht genauer konkretisierte Vorhaben stieß auf zahlreiche Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft. Im Juni reiste Bundesaußenminister Heiko Maas bei seiner ersten Auslandsreise seit dem Ausbruch der Covid-19 Pandemie nach Israel.

Im Gespräch mit Außenminister Gabi Ashkenazi bekräftigte er das Festhalten der deutschen Bundesregierung am Ziel einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten und warnte, unilaterale Schritte könnten den Friedensprozess in der Region gefährden. Eine entsprechende Resolution des Deutschen Bundestages folgte. Auch der EU-Außenbeauftragte Joseph Borrell und der UN-Gesandte für den Nahen Osten, Nickolay Mladenov warnten vor einseitigen Schritten, die eine Zwei-Staaten-Lösung gefährden könnten. Der König von Jordanien hatte, auch gegenüber deutschen Medien, so deutlich vor heftigen Konsequenzen gewarnt, dass die Aufkündigung des Friedensvertrages zwischen Jordanien und Israel als mögliche Reaktion in den Raum gestellt wurde.

Die Region und die Welt blickten gebannt auf den 1. Juli – aber – nichts geschah. Vertreter der US-Regierung ließen seither verlautbaren, es könne noch im Juli zu einer Entscheidung Donald Trumps über das weitere Vorgehen in der Frage kommen. In seinem Nahost-Plan waren auch multilaterale Verhandlungen im Vorfeld der Implementierung vorgesehen. Aus Sicht der Palästinenser hatten jedoch die USA seit der Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt im Dezember 2017 ihre Rolle als Makler verspielt. Ein Wirtschaftsgipfel in Bahrain, auf dem ein im US-Plan vorgesehenes Wirtschaftspaket für den neuen palästinensischen Staat beraten werden sollte, wurde 2019 von offiziellen palästinensischen Vertretern boykottiert. Nun hat PA-Präsident Mahmoud Abbas nach einem Gespräch

mit Vladimir Putin seine Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Gesprächen mit Israel erklärt, sofern diese im Format des Nahost-Quartetts (USA, EU, UN und Russland) stattfänden. Sollten diese Gespräche zustande kommen, könnte Deutschland dabei eine entscheidende Rolle einnehmen. Aufgrund der besonderen Beziehungen zu Israel. Und da Deutschland im Juli die EU-Ratspräsidentschaft sowie den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat übernommen hat.

## Julia Obermeier

Resident Representative Israel and Palestinian Territories, Hanns Seidel Foundation

- 2007: Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro des Generalsekretärs der CSU, Dr. Markus Söder, MdL
- 2008 – 2015: Gemeinderätin in Maitenbeth, Landkreis Mühldorf am Inn (ehrenamtlich)
- 2010 – 2011: Lehrbeauftragte an der LMU München
- 2009 – 2012: Referentin im Planungsstab der CSU-Landtagsfraktion
- 2012 – 2013: Stellvertretende Leiterin des Planungsstabs der CSU-Landtagsfraktion
- 2013 – 2017: Mitglied des Deutschen Bundestages (18. Wahlperiode)
- seit 2017: Projektleiterin Hanns-Seidel-Stiftung Jerusalem

Anzeige

**MBDA**  
MISSILE SYSTEMS  
EXCELLENCE AT YOUR SIDE

**MBDA**  
Der Moment, in dem Kompetenz und Erfahrung zum Einsatz kommen. Für diesen Moment arbeiten wir. Wir stellen unsere Fähigkeiten und unsere langjährige Erfahrung aus fünf europäischen Nationen in den Dienst unserer Streitkräfte.

AIR DOMINANCE  
AIR DEFENCE  
MARITIME SUPERIORITY  
BATTLEFIELD ENGAGEMENT

www.mbda-systems.com





**Impressum**

**Herausgeber:** Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU • **Konzept & Gestaltung:** itslive GmbH

**Bilderquellen:** Shutterstock, Bundeswehr sowie privates Bildmaterial

**Redaktion:** ASP-Landesgeschäftsführer Philipp von Puttkamer und Peter Rief • **Kontakt Redaktion:** asp@csu-bayern.de • **Stand:** Juli 2020

**Hinweis:** Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber die der Redaktion oder des ASP wieder.